

Bundestagswahl 2021: SPD reloaded?

von Rita Müller-Hilmer¹

Die SPD ist aus der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag mit 25,7 Prozent als Siegerin hervorgegangen, dicht gefolgt von der Union, die auf 24,1 Prozent der Stimmen kam. Beide Ergebnisse verdeutlichen die Krise der beiden Volksparteien, zusammen repräsentieren sie nur noch knapp die Hälfte des Elektorats. Allerdings sind die Ausgangslagen der beiden Parteien sehr unterschiedlich: Die SPD legte gegen den Trend um 5,2 Punkte zu und sieht sich im Aufschwung, die Union verlor deutlich um 8,3 Prozentpunkte und hat ihre führende Position in der deutschen Parteienlandschaft verloren.

Vor der Wahl: SPD im historischen Tief

Der Wahlkampf war geprägt von einer unglaublichen Dynamik und hoher Wählervolatilität vor allem bei der Unterstützung der Union und der Grünen. Die SPD erschien bis Juli dieses Jahres mit schwankungsneutralen Umfragewerten um die 15 Prozent noch als eine Partei im Abgesang, deren Erneuerung in der Opposition für viele als wünschenswert galt. Nach drei Legislaturperioden als Juniorpartnerin der Union, unterbrochen nur von vier Jahren schwarz-gelb, konnte sie sich trotz in Teilen guter Ministerarbeit nicht in der Wählerschaft profilieren und in ihren ihr früher zugeschriebenen Kernkompetenzen nicht mehr dominant punkten.

Bis 2005 übte sie als Volkspartei noch eine Brückenfunktion zwischen unterschiedlichen Wählermilieus und ideologischen Wertewelten aus.² Sie wurde sowohl von den besser gebildeten und besser situierten solidarischen Milieus als auch von den einfachen und mittleren Schichten, vor allem den Arbeitnehmer-

milieus, gewählt. Diese Konstellation gilt für die historischen Wahlsiege aus sozialliberalen Tagen ebenso wie für 1998, als sich der progressive Wille zur Modernisierung mit dem traditionellen Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit paarte.

Infolge der Hartz-IV-Reformen, die einen wirkmächtigen psychologischen Bruch darstellten, in dem viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen die Neuerungen als eine Missachtung der eigenen Lebensleistung und somit von Leistungsgerechtigkeit wahrnahmen, hat die SPD sukzessive ihre bis dahin dominanten Wählergruppen verloren. 2017³ waren – auch aufgrund eklatanter Führungsprobleme der SPD mit vielen Wechseln im Parteivorsitz und offenen Konflikten zwischen den verschiedenen Flügeln – alle ihre gesellschaftlichen Hochburgen mit weit überdurchschnittlichen Wähleranteilen geschliffen. Am stärksten fielen die Verluste in den Arbeitnehmermilieus, der Desillusionierten Arbeitnehmermitte und den Missachteten Leistungsträgern aus. Beiden gemeinsam sind die Kritik am Zustand der Gesellschaft – sozial wie politisch, stark ausgeprägte Ungerechtigkeitsgefühle im Hinblick auf die Anerkennung von Leistung, die Durchlässigkeit von Gesellschaft und den sozialen Ausgleich sowie die Kritik an fehlender Responsivität der Politik.

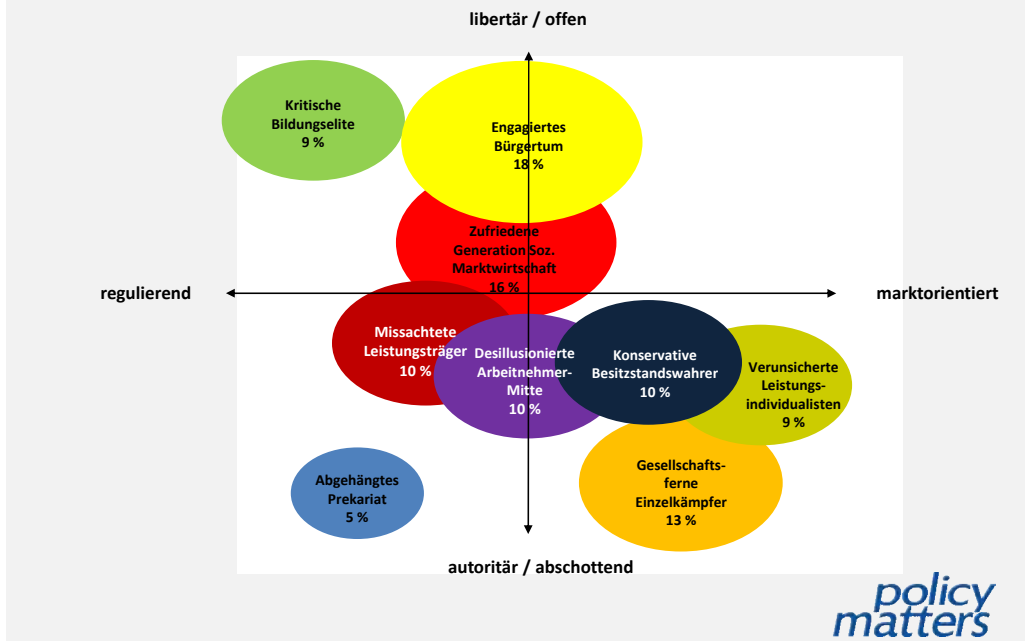
Das neue Sozialstaatskonzept von Andrea Nahles aus dem Jahre 2019 hat zwar eine Wende gesetzt und das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit in Teilen wieder in Kraft gesetzt, wurde aber von der früheren Stammwählerschaft der SPD, die die eigentlichen Adressaten dieser Korrekturen waren, kaum wahrgenommen. Noch 2020 gab es keinerlei Anzeichen dafür, dass das empfindliche Gleichgewicht zwischen den grundverschiedenen Teilwählerschaften der Partei wieder hergestellt sein

1 Rita Müller-Hilmer ist Geschäftsführerin und Mit-Inhaberin von policy matters, Gesellschaft für Politikforschung und Politikberatung mbH.

2 In der 2006 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von Rita Müller-Hilmer, damals Infratest Politikforschung, durchgeführten Studie „Gesellschaft im Reformprozess“ wurde erstmals die Topografie der Wählerlandschaft entlang unterschiedlicher Werthorizonte und unterschiedlichen Einstellungen zu zentralen sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Grundkonflikten untersucht. Ergebnis waren neun politische Typen mit maximal ähnlichen Wertvorstellungen und politischer Gesinnung.

3 2017 wurde diese Studie von policy matters im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung wiederholt. Siehe dazu: Rita Müller-Hilmer, Jérémie Gagné, Was verbindet, was trennt die Deutschen?, in: Hans-Böckler-Stiftung Report Nr.2, 2017

Politische Verortung



könnte⁴. Die Sozialdemokraten sprachen allenfalls noch zufriedene Milieus im libertären Spektrum an⁵. Dazu gehören das Engagierte Bürgertum sowie die Kritische Bildungselite, beides kosmopolitische Weltbürger mit hoher Bildung, die die Chancen der Globalisierung und Vorteile der neuen Technologien für sich nutzbar machen können und kein ausgeprägtes Schutzbedürfnis gegenüber dem Staat haben. Leicht überdurchschnittliche Zustimmungswerte erreichte sie zudem in der meist älteren Zufriedenen Generation der sozialen Marktwirtschaft, die soziale und Leistungsversprechen der Gesellschaft eingelöst sehen, im bescheidenen Wohlstand leben und relativ sorgenfrei sind. Für die verunsicherten und enttäuschten Arbeitnehmermilieus fehlte der SPD fast gänzlich die Ansprache. Die SPD galt als „Partei ohne Eigenschaften, die in jedem sozialökonomisch wie politisch-kulturell er-

reichbaren Milieu in massiver Konkurrenz zu politischen Mitbewerbern stand“⁶.

Wie lässt sich bei dieser Ausgangslage der Swing bei dieser Bundestagswahl von der Verlierer- zur Gewinnerpartei erklären? Es gehört erst einmal zur Wahrheit dazu, dass dies nicht zuletzt auch mit äußerer Hilfe geschah:

- Die fehlende Geschlossenheit der Union, die dazu führte, dass ihr Kandidat aus der Kandidatenkür bereits beschädigt hervorging.
- Die persönlichen Fehler von Armin Laschet und Annalena Baerbock, die den Blick auf die besonderen Qualitäten von Olaf Scholz schärfen.
- Das Problem des Unions-Kandidaten, persönlich nach 16 Jahren CDU-Kanzlerschaft Erneuerung verkörpern zu müssen und

⁴ Siehe dazu auch: Marc Saxer, Transformativer Realismus, Bonn 2021

⁵ Policy matters, 2020, Folgen des Corona-Lockdowns für die politische Kultur in Deutschland, <https://www.policy-matters.de/projekte/folgen-des-corona-lockdowns/>

⁶ Marc Herter, Eine Allianz für den sozialen Fortschritt – Gedanken zur politischen Mehrheit einer solidarischen Mehrheit“ in: spw, Heft 227, 2018

umgekehrt der Vorteil der SPD, jahrelang als Juniorpartner nicht wahrgenommen worden zu sein, so dass ihr die Modernisierungsrückstände nicht angelastet wurden.⁷

- Das verspätete Wahlprogramm der Union, das inhaltlich-programmatische Erkennbarkeit vermissen ließ
- Und nicht zuletzt die fehlende Relevanz des Themas Zuwanderung und Migration in diesem Wahlkampf, wodurch das kulturelle Spaltungspotenzial in der SPD-Wählerschaft minimiert wurde.

Doch die bemerkenswerte Wählervolatilität in den Umfragen von einer satten schwarz-grünen Mehrheit noch im Juni zu einem Wahlsieg der SPD im September dieses Jahres lässt sich alleine mit Zufällen und Fehlern der Konkurrenz nicht erklären. Aus Sicht der Wahlforschung sind es vor allem drei Aspekte, die Person des Kandidaten bzw. der Kandidatin, das Erscheinungsbild der Partei sowie ihre inhaltliche Programmatik, die einen starken Einfluss auf die Wahlentscheidung der Wählerschaft haben. Und in all diesen drei Aspekten hat die SPD vieles richtig gemacht.

Gelungene Performance und überzeugender Kandidat

Die Nominierung der beiden Parteivorsitzenden im Dezember 2019, durch die der Konflikt zwischen pragmatischem und linksgerichtetem Flügel der SPD offen ausgetragen wurde, wird in DER ZEIT in der Rückschau letztlich als Glücksfall für die SPD bezeichnet. „Das Anti-Establishment der Partei wurde zum Establishment und neutralisierte linken Unmut“⁸. Durch die Integration vieler Positionen des linken Parteiflügels in die Kampagne entstand eine „strategische Allianz“⁹ beider Richtungen. Diese unumstößliche Geschlossenheit der SPD unter linker Führung, nach außen aber vertreten durch einen Kandidaten des pragmatischen

Flügels, stand im großen Kontrast zu der der Union. Allensbach¹⁰ ermittelte Mitte September eine Zerstrittenheitswahrnehmung der SPD von gerade einmal 21 Prozent, der Union dagegen von 59 Prozent.

Aber nicht nur die Geschlossenheit einer Partei, auch die Art und Weise ihres politischen Handelns gibt Wählern und Wählerinnen Orientierungshilfe bei der Wahlentscheidung. Die Bewältigung der ersten Corona-Welle war aus Sicht der Deutschen eine Blaupause für gute Politik. Die Politik reagierte zielgruppengenaue, proaktiv, effektiv und schnell - zudem bot die Pandemiebekämpfung im internationalen Vergleich positive Identifikationsmöglichkeiten. Die Bürger und Bürgerinnen erlebten die Politik wieder als responsiv, fühlten sich in ihren Sorgen und Problemen wahrgenommen. Entsprechend deutlich stiegen die Zufriedenheitswerte und das Vertrauen in Regierung und politische Institutionen¹¹. Damals profitierte in den Umfragen vor allem die Union davon. Das Handeln der politischen Akteure in der zweiten und dritten Welle werteten die Deutschen dagegen wieder deutlich nüchterner – empfanden sie die Politik – wiederum vor allem von CDU und CSU - doch eher als unschlüssig, vielschichtig, kaum proaktiv, weniger effizient und teilweise sogar als eigennützig (Maskenaffäre). Olaf Scholz gelang es dagegen im Verlauf des Wahlkampfs immer besser, die hohe Erwartungshaltung vieler Bürger und Bürgerinnen an eine gute, zielgruppengenaue und proaktive Krisenpolitik zu erfüllen. Am Ende attestierten ihm sechs von zehn Deutschen, ein guter Krisenlotse zu sein.¹²

Die Erfolge der SPD bei dieser Wahl sind unbestritten in erster Linie ihrem Kanzlerkandidaten zu verdanken. Fast die Hälfte der aktuellen SPD-Wählerschaft und sogar knapp zwei Drittel der neu hinzugewonnenen SPD-Wähler und Wählerinnen gaben an, dass sie der SPD ohne Olaf Scholz als Spitzenkandidaten nicht

7 Vgl. Interview mit Prof. Karl-Rudolf Korte in Politik & Kommunikation, Der Wahlkampfpodcast, Wahlcamp 7 vom 9.9.2021

8 Peter Dausend, Was heißt hier rot?, Die Zeit, 30. 9. 2021

9 Siehe Interview mit Prof. Wolfgang Schröder im Tagesspiegel vom 26.9.2021

10 Renate Köcher, Gespannt und ratlos, FAZ 15.9.2021

11 Policy matters, 2020, Folgen des Corona-Lockdowns für die politische Kultur in Deutschland, <https://www.policy-matters.de/projekte/folgen-des-corona-lockdowns/>

12 -Infratest dimap, www.tagesschau.de/wahl

ihre Stimme gegeben hätten¹³. Der von Infratest dimap in den Wahltagsbefragungen ermittelte „Kandidatenfaktor“ belegt dies darüber hinaus sehr eindrucksvoll, nur bei Gerhard Schröder war er zuletzt höher. Früh nominiert, erarbeitete sich Olaf Scholz sukzessive das Vertrauen der Wählerschaft, die ihn bereits im Sommer mehrheitlich für kanzlerauglich hielt. Er distanzierte seinen Konkurrenten und seine Konkurrentin auch auf der persönlichen Ebene. Von den drei Personen galt er als der kompetenteste und vor allem glaubwürdigste Kandidat¹⁴. Mit Olaf Scholz wurde einerseits Kontinuität und Stabilität in der Nachfolge von Angela Merkel assoziiert, aber er bediente auch das während der gesamten Merkel-Regentschaft als Manko empfundene Bedürfnis der Wählerschaft nach Führung und Gestaltungswillen.

Richtige Themensetzung

Die Deutschen als konsensorientierte Nation mit leichter Tendenz zur linken Mitte sind sich vergleichsweise einig in ihrem negativen Urteil über den sozialen Zustand der Gesellschaft. Wachsende Ungleichheit und fehlender Zusammenhalt werden tendenziell über sämtliche Milieus konstatiert. Drei Viertel der Deutschen sind der Meinung, der Wohlstand in Deutschland sei nicht gerecht verteilt.¹⁵ Sechs von zehn beklagen das Fehlen einer gesellschaftlichen Mitte und konstatieren ein Auseinanderdriften der Gesellschaft in ein Oben und Unten.¹⁶ Aus diesem insgesamt kritischen Befund zur sozialen Realität leitet die Wählerschaft einen konsensuellen Handlungsauftrag an die Politik ab, um Fehlentwicklungen zu korrigieren. In einer eigenen Erhebung von policy matters von 2020¹⁷ sahen Mehrheiten zwischen 80 und 70 Prozent wesentliche Voraussetzungen zur Herstellung von sozialer Gerechtigkeit in der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, der Erhöhung des Mindestlohnes, der Decke-

lung von Spitzengehältern, der Förderung von Kindern aus unteren Einkommenschichten, der Absicherung bei Arbeitslosigkeit sowie der Lohnangleichung von Ost und West. Um das Ziel eines verbesserten sozialen Ausgleichs zu erreichen, sind die Deutschen darüber hinaus größtenteils bereit, ein umfassend gedachtes Solidaritätsprinzip über Eigen- und Kurzfristinteressen zu stellen. Drei Viertel der Bürger und Bürgerinnen befürworten das Gebot, dass Starke Solidarität mit Schwachen üben sollen¹⁸.

Die letzte Legislaturperiode war begleitet von einer Reihe von Krisen. Zum Zeitpunkt der Wahl wurde von den Bürgern und Bürgerinnen der Klimawandel als klar wichtigstes Problem genannt, gefolgt von der Pandemie. Die beiden dominanten Problemfelder boten wenig politisches Profilierungspotenzial, bestand doch bei allen etablierten Parteien Einigkeit darüber, dass die Bekämpfung des Klimawandels sowie die durch die Pandemie erkennbar gewordenen Notwendigkeiten eines Strukturwandels von zentraler Bedeutung sind. Den entscheidenden Unterschied machten die Wege, wie die Parteien zu diesen Zielen gelangen wollten, vor allem aber, wie sie mit den sozialen Folgen der Transformationsprozesse umgehen wollten. Im Mittelpunkt für die Wählerschaft standen neben den Fragen, wie wird der Klimawandel zu stoppen sein, wo wird Deutschland zukünftig stehen, kann Deutschland seinen Wohlstand behaupten, vor allem die Sorge, welche möglichen negativen Folgen für das eigene Leben, die Zukunft der Kinder, den Arbeitsplatz, die eigene finanzielle Situation daraus erwachsen könnten. So konstatierte die Forschungsgruppe Wahlen „Anders als bei der Liste der wichtigsten Probleme in Deutschland, auf der Klimawandel ganz oben steht, spielt für die eigene Wahlentscheidung bei den meisten Befragten das Thema soziale Gerechtigkeit die größte Rolle“¹⁹. Entscheidend für die Bürger und Bürgerinnen bei dieser Wahl war letztlich, welche Partei garantiert am ehesten soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit²⁰ ohne ökonomische Verwerfungen.

13 Infratest dimap, www.tagesschau.de/wahl

14 Forschungsgruppe Wahlen, Wahlanalyse Bundestagswahl 2021

15 Infratest dimap, www.tagesschau.de/wahl

16 Richard Hilmer, Bettina Kohlrausch, Rita Müller-Hilmer, Jérémie Gagné, Einstellung und soziale Lebenslage, Hans-Böckler-Stiftung, Working Paper N 044, 2017

17 Policy matters, 2020, Folgen des Corona-Lockdowns für die politische Kultur in Deutschland, <https://www.policy-matters.de/projekte/folgen-des-corona-lockdowns/>

18 Richard Hilmer, Bettina Kohlrausch, Rita Müller-Hilmer, Jérémie Gagné, Einstellung und soziale Lebenslage, Hans-Böckler-Stiftung, Working Paper N 044, 2017

19 FGW Politikbarometer, 23.9.21

20 Infratest dimap, www.tagesschau.de/wahl

Die SPD hatte dies bereits früh in ihrem Wahlprogramm antizipiert, in dem sie drei zentrale Versprechen gab, das Gerechtigkeitsversprechen mit dem Einsatz für eine gerechte Gesellschaft, in der Respekt herrscht, das Zukunftsversprechen mit dem industriellen Umbau Deutschlands zu einem klima-neutralen modernen Land, das gute Arbeitsplätze schafft, sowie das Europaversprechen mit der Verknüpfung der Zukunft Deutschlands mit einem starken Europa.

Vor allem das Gerechtigkeitsversprechen der Sozialdemokratie traf bei dieser Wahl auf eine Hoffnungshaltung eines Großteils der Bevölkerung. Eine ähnliche Konstellation gab es kurzfristig auch bereits im Frühjahr 2017 mit Martin Schulz als SPD-Kanzlerkandidaten („Schulz-Hype“). Hier brach allerdings der Wählerzuspruch aufgrund fehlender inhaltlich-programmatischer Unterfütterung des Gerechtigkeitsversprechens in kurzer Zeit wieder in sich zusammen und hinterließ eine weitere Enttäuschungserfahrung. Auch jetzt reagieren die Wähler und Wählerinnen noch bemerkenswert verhalten, wenn es um die Kompetenzzuschreibung an die SPD in ihren Kernkompetenzen soziale Gerechtigkeit und Leistungs- bzw. Lohngerechtigkeit geht. Mit nur geringen Steigerungswerten von zwei bzw. drei Prozentpunkten und Kompetenzwerten von 40 bzw. 44 Prozent liegt die SPD hier noch weit hinter ihren früheren Ergebnissen zurück.²¹ Dennoch scheint ein fragiles Zutrauen in die soziale Gestaltungsfähigkeit der SPD unter Olaf Scholz wieder erwacht zu sein.

Die Wählermobilisierung für die SPD wäre jedoch vermutlich weniger erfolgreich gewesen ohne das Versprechen der SPD, Deutschland und den Arbeitsmarkt zukunftsfest zu machen, und ohne das gewachsene Zutrauen in die ökonomische Gestaltungsfähigkeit der Sozialdemokraten. Gegenüber 2017 ist laut Forschungsgruppe Wahlen das Zutrauen in die Zukunftsfähigkeit Deutschlands um 13 Punkte auf 39 Prozent gesunken. Während die Union eine dramatische Erosion in ihrem Kernkompetenzprofil Wirtschaft (Minus 25 Punkte) zu

verkräften hat, ist die Kompetenzzuschreibung an die SPD in diesem Kompetenzfeld um 8 Punkte gewachsen, mit der Folge, dass sich der Abstand zur Union von 40 Punkten (!) in 2017 auf 7 Punkte verringert hat.²² Hier dürfte das unterschiedliche Staatsverständnis der beiden Parteien, das in den Triellen besonders deutlich wurde, zu einer veränderten Kompetenzwahrnehmung in der Bevölkerung geführt haben. Ein Staat, der sich zurückzieht, weil die Gesellschaft scheinbar ohne ihn funktioniert, löst bei vielen angesichts der großen Transformationsnotwendigkeiten Ängste aus. Die Mehrheit der Deutschen will einen aktiven Staat, der sich für gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Abbau bestehender Ungleichheit einsetzt,²³ sowie „die Qualität basaler öffentlicher Güter und Einrichtungen sichert“ und „Vorsorge trifft für permanente Gefährdungen wie Klimawandel, Pandemien etc.“²⁴ Letztlich scheint der Erfolgsfaktor der SPD von 1998, für soziale Gerechtigkeit und Innovation (diesmal Transformation) sorgen zu wollen, auch der Erfolgsfaktor von 2021 zu sein.

Rückgewinnung traditioneller Wählergruppen

Die wesentliche Voraussetzung für derzeitige Wahlerfolge der Sozialdemokratie ist, dass sie programmatische und personelle Brücken bauen kann zu Wählerschichten, die sich von ihr abgewandt haben. Es gibt zwar noch keine Daten, wie sich die Milieuansprache der SPD aufgrund dieses Wahlergebnisses verändert hat, aber es gibt einige Hinweise darauf. Die Umfrageergebnisse von policy matters während des „Schulz-Hypes“ zeigten seinerzeit schon, dass die SPD in fast allen Milieus, mit Ausnahme der bürgerlichen Konservativen Besitzstandswahrer und den meist jüngeren Gesellschaftsfernen Einzelkämpfern, an Zuspruch gewonnen hatte, am stärksten bei den beiden Polen, der jungen, besser gebildeten Kritischen Bildungselite und dem Abgehängten Prekariat. Bei dieser Wahl, bei der die SPD ihr soziales Absicherungsver-

²² Infratest dimap, www.tagesschau.de/wahl

²³ Frank Decker/Volker Best/Sandra Fischer/Anne Küppers: Vertrauen in Demokratie, FES, Bonn 2019

²⁴ Andreas Reckwitz, Verblendet im Augenblick, in: Die Zeit vom 9.6.2020

²¹ Infratest dimap, www.tagesschau.de/wahl

sprechen in der Weise erneuert, indem sie „gleichermaßen dem Sicherheitsbedürfnis der Arbeitnehmerschaft wie ihrem Anspruch auf Leistungsgerechtigkeit entsprach“²⁵, scheint eine zumindest partielle Rückgewinnung der Arbeitnehmermilieus gelungen zu sein: Die Sozialdemokraten sind laut der Wahltagsbefragung von Infratest dimap bei Arbeitern und einfachen Angestellten sowie bei Personen mit einfachen oder mittleren Schulabschlüssen wieder stärkste Partei – wengleich auf niedrigerem Niveau als noch 2005.

Auch hat sich die SPD mit ihrer stärkeren Fokussierung auf soziale Fragen wieder fester im Osten verankern können. Bei der Bevölkerung in den neuen Bundesländern sind die Sorgen über weitere gravierende Veränderungen ihrer sozioökonomischen Situation besonders ausgeprägt. Die SPD kann heute als einzige Partei für sich in Anspruch nehmen, eine gesamtdeutsche Partei zu sein. Mit einem Plus von 9,9 Punkten liegt sie in den neuen Bundesländern mit 24,2 Prozent fast gleichauf wie im Westen der Republik mit 26,1 Prozent. Damit ist sie diesmal in beiden Landesteilen stärkste Partei.

Diese Rolle hat sie von der Union übernommen, von der sie laut Wählerwanderung von Infratest dimap mit Abstand die meisten Wähler und Wählerinnen (per Saldo 1,5 Millionen) hinzu gewinnen konnte, darunter vor allem viele ältere und weibliche Wähler. Es ist anzunehmen, dass diese Wählerschaft die Union wegen Angela Merkel und ihrer Modernisierungspolitik gewählt hatte, sich jetzt aufgrund der für sie glaubwürdigeren SPD-Politik mit Gerechtigkeits- und Zukunftsversprechen den Sozialdemokraten zuwandte, nicht zuletzt auch weil sie in Armin Laschet keinen glaubwürdigen Kandidaten sah. Ein nicht unerheblicher Teil der Stimmen für die SPD kam auch von der LINKEN (640.000), die bei dieser Wahl starke Einbußen hinnehmen musste. Vor allem im Osten sind ihre Verluste dramatisch (Minus 7,2 Punkte). Hier hat sie ihre Funktion als Interessensvertretung der Ostdeutschen, die sich als „Bürger zweiter Klasse“ fühlen, weitgehend

verloren. Nicht zu unterschätzen für die Sozialdemokraten ist auch der Rückstrom aus dem Nichtwählerlager mit 520.000 Stimmen, darunter sicherlich viele Wähler und Wählerinnen, die ihre Belange bislang von keiner Partei ausreichend vertreten fühlten.

Ebenfalls bemerkenswert ist die Tatsache, dass die SPD auch 260.000 Wähler und Wählerinnen von der AfD (zurück)gewinnen konnte. Diese Wanderungsbewegung dürfte Positionen in der SPD widerlegen, die lange glaubten, dass diese Wählerschaft nicht mit sozialen Themen rückholbar sei. Der Abstrom zur SPD stellt diesmal den größten Anteil des Wählerverlustes der AfD dar, der im Westen noch stärker ausfiel als im Osten. Für den verbliebenen Teil der AfD-Wählerschaft hat sich die Bindung an die AfD jedoch verfestigt, der Anteil überzeugter Wähler und Wählerinnen stieg um 17 Punkte. Heute stellen Überzeugte und von anderen Parteien Enttäuschte jeweils die Hälfte der Wählerschaft der AfD.²⁶ Ihre Bastionen hat sie in der berufsaktiven Bevölkerung mit einfacher und mittlerer Bildung sowie in der Arbeiterschaft. Hier liegt sie hinter der SPD auf Platz zwei.

Stimmen abgeben musste die SPD nur an die Grünen (Minus 260.000), die für diese Wählerschaft wohl für eine überzeugendere Klimapolitik und für mehr Fortschrittlichkeit standen, sowie an Wähler und Wählerinnen kleiner Parteien (Minus 120.000).

Nach der Wahl: SPD unter Erwartungsdruck

Anders als bei den letzten drei Bundestagswahlen hat sich die SPD diesmal personell und programmatisch optimal positioniert. Ihr bemerkenswerter Aufwärtstrend setzte sich sogar in der Woche nach der Wahl eindrucksvoll fort: In den Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen stieg die SPD auf 28 Prozent, während die Union auf 20 Prozent zurückfiel – deutliches Indiz dafür, dass die von der SPD angestrebte Koalition mit Grünen und FDP auch die von den Bürgern und Bürgerinnen klar favorisierte Regierungskonstellation ist.

²⁵ Marc Herter, Eine Allianz für den sozialen Fortschritt – Gedanken zur politischen Mehrheit einer solidarischen Mehrheit, in: spw, Heft 227, 2018

²⁶ Infratest dimap, www.tagesschau.de/wahl

Die Ampel steht auch für eine Koalition von Jung und Alt. Grüne und FDP repräsentieren die Mehrheit der jüngeren Generation, die einen Aufbruch will, ein nicht mehr weiter so in der Klimapolitik und bei der Digitalisierung. Die SPD hingegen ist die stärkste Partei bei den ab 45jährigen, die sich mehr um die Folgen sorgen, für die Sicherheit und Stabilität stärker im Fokus stehen.

Die zentrale Aufgabe der SPD in dieser Dreier-Konstellation besteht darin, die Transformationsprozesse so zu gestalten, dass niemand auf der Strecke bleibt und die Polarisierung der Gesellschaft nicht weiter zunimmt. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die SPD die Erwartungen derjenigen Wähler nicht verprellt, die ihr die Stimme im Vertrauen darauf gegeben haben, dass eine SPD-geführte Regierung ihre Lebenssituation verbessert bzw. sichert. Haltelinien für die SPD in den Koalitionsverhandlungen mit den Grünen und vor allem der FDP sind deshalb die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro, die langfristige Sicherung

der Renten sowie die Bezahlbarkeit von Wohnungen. Nur so kann die SPD ihre wiedergewonnene Wahrnehmung als Partei der sozialen Gerechtigkeit aufrechterhalten.

Die SPD kann sich dabei der Unterstützung von den SPD-geführten Landesregierungen sicher sein. Deren Regierungschefs und -chefinnen regieren konsensorientiert, undogmatisch, lösungsorientiert und haben ihre Wählerschaft im Blick. Eine solche „pragmatische, regierungsorientierte SPD könnte die Erfolgsformel sein, die es der SPD ermöglicht, den politischen Prozess in Deutschland wesentlich zu prägen“²⁷. Der Aufwärtstrend der SPD könnte sich bei den im kommenden Jahr anstehenden Landtagswahlen noch weiter verstärken, denn in allen vier Ländern ließ die SPD bei der Bundestagswahl die dort jeweils regierende CDU zum Teil deutlich hinter sich und wurde – mit Ausnahme von Thüringen – jeweils klar stärkste Partei. ■

27 Prof. Wolfgang Schröder, im Interview mit dem Tagesspiegel vom 26.9.2021



Politische Bewegungen und Parteien

Parteien in Bewegung
Herausgegeben von Dr. Sebastian Bukow,
Prof. Dr. Uwe Jun und Jörg Siegmund, M.A.
2021, 239 S., brosch., 49,- €
ISBN 978-3-8487-8461-5
(Tutzingen Studien zur Politik, Bd. 20)

Nomos
eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter [nomos-shop.de](https://www.nomos-shop.de)
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

 **Nomos**